

VIETNAM

DR. MARION FISCHER
PETER GIRKE

Mai 2016

<http://www.kas.de/vietnam/>

Wählen auf Vietnamesisch

STIMMZETTEL FALTEN WIE GEHABT, ODER DOCH EIN WENIG DEMOKRATIE?

Am 22. Mai 2016 wählen die Bürgerinnen und Bürger Vietnams die Abgeordneten der 14. Nationalversammlung und der Volksräte auf allen Ebenen. Die Kommunistische Partei Vietnams steuert und kontrolliert die Wahlen. Die Wähler haben jedoch keine „Wahl“ im eigentlichen Sinn, sondern die Aufgabe, ihre Zustimmung zur Partei zu zeigen. Trotzdem wagen im Hintergrund dieser Machtdemonstration einige Wähler und Kandidaten Neues.

Die Wahlen

Am 22. Mai werden 500 Abgeordnete der neuen Nationalversammlung und die Deputierten der Volksräte der Provinzen, Städte und Gemeinden Vietnams gewählt.

Die anstehenden Aufgaben der Volksräte für die Legislaturperiode 2016 bis 2021 sind durch die Beschlüsse des 12. Parteitags der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) vom Januar 2016 klar beschrieben. Die Volksräte stehen vor der Aufgabe, die Entwicklung ihrer Provinzen, Städte und Gemeinden so zu organisieren, dass sie auf die politischen und sozioökonomischen Herausforderungen eingestellt sind.

Die 13. Nationalversammlung hatte auf Weisung des Zentralkomitees (ZK) der KPV am 9. April 2016 das neue Kabinett und am 11. April 2016 den Nationalen Sicherheitsrat und die Nationale Wahlkommission gewählt. Als vom ZK nominierte und damit auf die obligatorische zentrale Liste gesetzte „Kandidatin“ steht die Präsidentin der 14. Nationalversammlung schon in der Legislaturperiode der 13. Nationalversammlung fest. Damit stehen Personalentscheidungen für die Nationalversammlung voraussichtlich

erst wieder in zwei Jahren an. Dann wird das Parlament die Vertrauensabstimmungen zur Bestätigung des Ministerpräsidenten, seiner Stellvertreter und der Minister durchführen. Die 13. Nationalversammlung hat für das neue Parlament die Leitlinien im Sinn der Parteibeschlüsse bereits gezogen. Nach der Wahl sind deshalb keine überraschenden Initiativen des Parlaments zu erwarten. Der Stellenwert des Parlaments im politischen System wächst, anders als von internationalen Beobachtern oft beschrieben, zunächst nicht. Entscheidungen werden weiterhin direkt – also ohne Einbeziehung des Parlaments – vom Politbüro der KPV an die Regierung und die Lokalregierungen weitergegeben.

Ablauf der Wahlen

Üblicherweise wird für jede Wahl ein Wahlgesetz erlassen. Für die anstehende Wahl gilt das Gesetz von 2015. Der Zeitpunkt der Wahlen ist durch das Ende der Legislaturperiode bestimmt.

Der Nationalen Wahlkommission gehören zwei stellvertretende Vorsitzende und ein Ausschussvorsitzender der Nationalversammlung, vier Minister, zwei Abteilungsleiter des ZK der KPV und vier führende Funktionäre der Mitgliedsorganisationen der Vaterlandsfront an. Die Rolle der Nationalen Wahlkommission ist begrenzt. Sie kontrolliert den Wahlprozess, protokolliert die Ergebnisse, erstellt die Beschlüsse zur Bildung der Nationalversammlung und der Volksräte und ist für Eingaben und Beschwerden der Bürger über den Wahlprozess verantwortlich.



VIETNAM

DR. MARION FISCHER
PETER GIRKE

Mai 2016



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit

Auslandsbüro Vietnam
104 Xuan Dieu Street
Hanoi, Vietnam
Telefon
+84 4 371 86194
Fax
+84 4 371 861 97
Email
Info.hanoi@kas.de

Organisiert werden die Wahlen von der Vaterlandsfront, der alle Massenorganisationen und zivilgesellschaftlichen Verbände und Vereinigungen angehören. Sie stellt die Kandidatenlisten auf und integriert auch die Vorschläge der KPV. Per Quotensystem wird festgelegt, wie viele Frauen, Jugendliche, Angehörige ethnischer Minderheiten und Nichtparteimitglieder als Kandidaten bestimmt werden müssen. Diese ursprünglichen Kandidatenlisten durchlaufen drei Konsultativkonferenzen der Vaterlandsfront (jeweils zentral und lokal), in denen Kandidaten aussortiert werden, so dass die Listen auf die vorher festgelegte Anzahl von Kandidaten schrumpfen.

Neben der Vaterlandsfront hat auch das Ständige Komitee der Nationalversammlung ein Vorschlagsrecht für Kandidaten von der zentralen Ebene. In diesem Jahr hat sie von diesem Recht in 197 Fällen Gebrauch gemacht. Die Vorgabe des ZK war, bis zu 198 zentrale Kandidaten zu nominieren. 19 der zentral gesetzten Kandidaten sind Mitglieder des Politbüros. Die 197 Kandidaten unterliegen nicht der Auswahl in den nationalen Konsultativkonferenzen, sondern werden den Wahlkreisen zentral zugeordnet.

Für die Nationalversammlung stehen in diesem Jahr 870 Kandidaten auf den Wahllisten der 184 Wahlkreise. Das sind 74 Prozent mehr als die letztendlich zu wählenden 500 Abgeordneten. Auf den Listen der Volkskomitees stehen ebenfalls zwischen 20 und 75 Prozent mehr Kandidaten als zu wählen sind. Für Gemeinderäte gelten Listen mit geringer Auswahlmöglichkeit.

Selbstnominierer und unabhängige Kandidaten

Seit 2002 lässt das Wahlgesetz die Selbstnominierung unabhängiger Kandidaten zu. In den drei seitdem durchgeführten Wahlen haben es jedoch lediglich sieben von insgesamt 120 sogenannten „Selbstnominierern“ in die Nationalversammlung geschafft.¹ Diese Kandidaten waren meist Geschäftsleute oder Akademiker, die der Partei angehören

und gute Beziehungen zu hohen Staatsbeamten unterhalten. Unabhängig waren diese Selbstnominierer nur in dem Sinn, dass sie weder von der KPV noch von der Vaterlandsfront für die Kandidatenlisten vorgeschlagen worden waren. Ähnlich ist die Situation in den bisherigen Volkskomitees einzuschätzen, über die es keine öffentlich einsehbaren zuverlässigen Angaben gibt.

Zu den Wahlen 2016 haben sich für die Nationalversammlung 162 Personen selbst als Kandidaten aufgestellt. Elf von ihnen wurden auf die abschließende Wahlliste gesetzt. In den drei Konsultativkonferenzen der Vaterlandsfront wurden 93 Prozent der Selbstnominierer eliminiert oder traten zurück.

Ungeachtet des letzten Ausscheidens dieser selbstnominierten Kandidaten ist festzuhalten, dass der ganz überwiegende Teil von ihnen weder Parteimitglieder noch eng mit dem Staatsapparat verbundene Akteure waren. Unter ihnen finden sich auch Anwälte, Schriftsteller, Lehrer, Künstler und ein Taxifahrer. Diese Neuerung wird laut Hai Hong Nguyen, einem Vietnamexperten der University of Queensland, durch eine wichtige Änderung des Wahlgesetzes ermöglicht. Seit der Verfassungsreform von 2013 sind Nichtmitglieder der KPV nun offiziell als Abgeordnete der Nationalversammlung zugelassen. Bis zu 50 Sitze sind für sie reserviert.²

Die unabhängigen Kandidaten sind fast durchweg jünger als die in den vorherigen Wahlen. Nach Einschätzung von Prof. Edmund J. Malesky, Duke University, Durham, USA, sind die Debatten in der Nationalversammlung offener geworden und die große Zahl selbstnominierter Kandidaten ein Zeichen für ein wachsendes innenpolitisches Interesse der Vietnamesen.³ 30 der Selbstnominierer sind Vertreter zivilgesellschaftlicher Bewegungen, die nicht der Vaterlandsfront angehören. Sie kommen fast aus-

² East Asia Forum, Onlineausgabe vom 23.3.2016.
<http://www.eastasiaforum.org/2016/03/23/are-vietnams-elections-becoming-more-democratic/>

³ New York Times, 22.03.2016, S. 8

¹ New York Times, 22.03.2016, S. 8

VIETNAM

DR. MARION FISCHER
PETER GIRKE

Mai 2016



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit

Auslandsbüro Vietnam
104 Xuan Dieu Street
Hanoi, Vietnam
Telefon
+84 4 371 86194
Fax
+84 4 371 861 97
Email
Info.hanoi@kas.de

schließlich aus Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt.

Die ausländische Presse berichtete über Mitarbeiter der Vaterlandsfront, die einzelne Aktivisten aufgefordert hatten, sich selbst als Kandidaten aufzustellen.⁴ Dieses Vorgehen steht im Zeichen des selbsterklärten Anspruchs, nach welchem alle „sozialen Schichten“ in der Nationalversammlung vertreten sein müssten. Die gleichen politischen Mitarbeiter haben aber auch dafür gesorgt, dass viele Selbstnominierer freiwillig oder auch unter teilweise massivem Druck ihre Kandidatur zurückzogen. Der Anwalt Vo An Don aus der Provinz Phu Yen kommentierte: „In Vietnam als Unabhängiger ein Abgeordneter der Nationalversammlung zu werden, ist wie einen Elefanten durch ein Ameisenloch zu zwingen“.⁵

Der politische Einfluss der Selbstnominierer ist marginal, was sich daran zeigt, dass ihre Kandidatur vom Wohlwollen der Führungseliten abhängt. Die Festlegung der Quote von Nichtmitgliedern der KPV erlaubt es der Vaterlandsfront gegenüber den Selbstnominierern jedoch argumentativ das Oberwasser zu behalten, denn ihre eigenen 10 Prozent parteiloser Kandidaten erfüllen bereits die Quote Unabhängiger auf den Stimmzetteln.

Ausblick

Die Zusammensetzung der Nationalversammlung und der Volksräte könnte sich durch die neu festgesetzten Quoten durchaus diversifizieren. Der Anteil der Frauen könnte von bisher knapp 25 Prozent auf bis zu 40 Prozent der Abgeordneten wachsen, ebenso wie der Anteil jüngerer Abgeordneter und von Wirtschaftsfachleuten. Die Forderung, Geschäftsführer von Privatbetrieben in das Ständige Komitee der Nationalversammlung zu wählen, wird dagegen unerfüllt bleiben. Dennoch ist es grundsätzlich möglich, dass die Parlamentspolitik und Ge-

setzung künftig nicht mehr nur von Berufspolitikern, Militärs und Juristen betrieben wird, sondern auch der Sachverstand von Wirtschafts- und Finanzfachleuten einfließt. Der Einfluss ressortübergreifender Expertise ist gerade für ein Land wie Vietnam von Bedeutung, das die verstärkte Einbindung in internationale Wirtschaftsbeziehungen und Freihandelsabkommen anstrebt.

Optimistische Einschätzungen von Experten des East Asia Forums sehen in den selbstnominierten Kandidaten den Beginn der Entstehung einer unabhängigen Zivilgesellschaft in Vietnam.⁶ Ob sich diese Einschätzung – auch angesichts des erwähnten Drucks auf die Selbstnominierer – als realistisch erweisen wird, bleibt abzuwarten. Auch wenn einige dieser Kandidaten in die Nationalversammlung gewählt werden sollten, ändert sich weder der Charakter der Nationalversammlung, noch wird der Einfluss der Zivilgesellschaft auf selbige spürbar größer.

Bis zum Wahltag müssen sich die Kandidaten in Bürgerversammlungen in ihren Wahlkreisen vorstellen. Sie stellen ihre Arbeitsprogramme vor, die sie den Wählern gegenüber begründen müssen. Das ist neu, denn bisher mussten die Kandidaten in Bürgerversammlungen nur die allgemeinen Parteibeschlüsse erläutern. 2016 vertreten sie erstmals individuelle Arbeitsprogramme.

Fazit

Die eine oder andere positive Tendenz hinsichtlich der Vertretung der Interessen der Wähler durch die zu wählenden Abgeordneten zeichnet sich ab. Die neue Nationalversammlung und die Volksräte vor Ort werden eine noch junge Praxis fortsetzen: direkter Bürgerkontakt, Bürgerversammlungen, deren Themen die Bürger selbst aufstellen und künftig vielleicht auch flächendeckend Bürgersprechstunden der Abgeordneten, wie sie bereits seit 2013 in Ho-Chi-Minh-Stadt und einigen südlichen Provinzen stattfinden.

⁴ Channel NewsAsia, Vietnam thwarts election bid by dissidents, pop star. 26.04.2016. <http://www.channelnewsasia.com/news/asiapacific/vietnam-thwarts-election/2732790.html>
⁵ Ebenda

⁶ East Asia Forum Onlineausgabe vom 23.3.2016

VIETNAM

DR. MARION FISCHER
PETER GIRKE

Mai **2016**

Die größere Nähe zu den Wählern und zu den Sorgen und Problemen der Bürger ist, wie sich in der vergangenen Legislaturperiode in der Nationalversammlung zeigte, eine wichtige Voraussetzung für eine Kompetenzsteigerung und Durchsetzungskraft der Nationalversammlung bei der Kontrolle der Regierung. Im Hinblick auf demokratischere Partizipationsmöglichkeiten ist diese Entwicklung durchweg zu begrüßen

Andererseits bleibt festzuhalten: Die Wahlen in Vietnam 2016 markieren keine Abkehr vom kommunistischen System. Sie dienen der Bestätigung der Politik und Beschlüsse der Partei durch das Volk. In die Nationalversammlung und die Volksräte werden Abgeordnete gewählt, deren einzige Aufgabe es ist, die Politik der Partei in die Bevölkerung zu tragen und die Macht der regierenden politischen Elite zu festigen. Die Tendenzen, die Meinung der Wähler ernst zu nehmen und in der parlamentarischen Arbeit Lösungen für die eigentlichen Probleme der Bevölkerung zu entwickeln, stecken in den Anfängen. Sie sind kein Nachweis echter parlamentarischer Demokratie. Vietnam gibt sich mit den bevorstehenden Wahlen kein demokratisches Parlament, sondern nutzt die Volksvertretungen durch engere Bindung an die Wähler als Mittel zur Festigung der Macht.



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit

Auslandsbüro Vietnam
104 Xuan Dieu Street
Hanoi, Vietnam
Telefon
+84 4 371 86194
Fax
+84 4 371 861 97
Email
Info.hanoi@kas.de